

Kommunalpolitik machen!

Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen
Praxis-Tipps für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden möchten

Impressum

Münster 2022

Herausgeberin

Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V.
Neubrückenstraße 12-14
48143 Münster

Konzeption und Redaktion

LAG SELBSTHILFE NRW,
Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“
Christina Baum
Merle Schmidt
Lisa Jacobi

www.politik-fuer-alle.nrw

E-Mail: Mehr-Partizipation@lag-selbsthilfe-nrw.de

Grafisches Konzept und Layout

Julia Jeschke, jujedesign
info@jujedesign.de

Lektorat

Stefanie Höhne
www.stefaniehoehne.de



Politische Partizipation Passgenau!

Das Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ wird gefördert vom
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
im Rahmen der Landesinitiative „NRW inklusiv“.

In Trägerschaft der



Gefördert durch das

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Kommunalpolitik machen!



Broschüren-Reihe

Diese Publikation ist Teil einer Broschüren-Reihe zum Thema „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen auf kommunaler Ebene“.

Zu dieser Reihe gehören außerdem die Broschüren:

- 🔗 **Kommunalpolitik verstehen.** Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. **Hintergrundwissen** für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden möchten
- 🔗 **Prüfen, planen, anpacken – Checkliste** für eine wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen
- 🔗 **Türen zur Kommunalpolitik öffnen.** Wie können **Politik und Verwaltung** die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen stärken?

Mehr Informationen unter:

www.politik-fuer-alle.nrw



Liebe Leser*innen,

kommt Ihnen öfter der Gedanke, dass Sie gern etwas in Ihrer Gemeinde oder Stadt verändern wollen? Und möchten Sie grundsätzlich mehr Anteil nehmen an den Entwicklungen vor Ort?

Gleichzeitig taucht aber immer wieder die Frage auf: **Wie geht das überhaupt, die politisch Verantwortlichen auf Themen aufmerksam zu machen und selbst die Politik mitzugestalten?**

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen einen Werkzeugkoffer an die Hand geben, der Sie bei Ihrem politischen Vorhaben unterstützt, Sie inspiriert und Sie beim Austausch mit anderen Akteur*innen begleitet. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg auf Ihrem politischen Weg!

Bei Fragen und Anregungen können Sie sich gern an uns wenden:



mehr-partizipation@lag-selbsthilfe-nrw.de



www.politik-fuer-alle.de

Inhaltsverzeichnis

Was lässt sich in der Kommunalpolitik bewegen?	S. 10
Werkzeugkoffer	S. 22
Welcher Beteiligungs-Typ sind Sie?	S. 26
Welcher politische Weg passt zu meinem Ziel?	S. 30
Regelmäßiges politisches Engagement	S. 32
1. Mitarbeit in Behindertenbeiräten, Gremien der Selbsthilfe oder Arbeitsgruppen	S. 32
2. Mitarbeit in einer Partei bzw. Arbeit als Ratsmitglied/Bezirksvertreter*in	S. 34
3. Engagement als sachkundige*r Bürger*in	S. 36
4. Wählen gehen	S. 38
Politische Mittel bei einem speziellen Anliegen	S. 40
1. Initiierung eines Bürger*innen-Begehrens	S. 40
2. Einen Einwohner*innen-Antrag stellen	S. 42
3. Anregungen oder Beschwerden an den Rat richten	S. 44
4. Anregungen oder Beschwerden an den*die Bürgermeister*in/ Landrat*Landrätin	S. 46



Kreative und flexible politische Beteiligung	S. 48
Demonstrationen und Informationsstände	S. 48
Kreative Politik auf der Straße	S. 50
Merkliste	S. 53
Die ersten Schritte in der Kommunalpolitik	S. 54
Wie finde ich die passenden Mitstreiter*innen?	S. 56
Selbst eine Arbeitsgruppe gründen	S. 58
Die Partizipationstreppe:	
Diskussionsgrundlage und Orientierungshilfe	S. 60
Infopool	S. 68
Anlaufstellen	S. 70





Broschüren-Lotse

Die Broschüre ist in **fünf Bereiche** unterteilt:

Im ersten Kapitel werfen wir gemeinsam mit Ihnen einen Blick auf die **Themenfelder**, mit denen sich die **Kommunalpolitik** beschäftigt. An dieser Stelle nennen wir auch klassische Bezüge zu behindertenpolitischen Themen.

Im zweiten Kapitel laden wir Sie ein, mit uns einen **Werkzeugkoffer** für eine politische Teilhabe, die wirksam ist und Spaß macht, zu packen. Wir stellen uns hier also die Frage: Was brauche ich, um mich politisch gut beteiligen zu können?

Im dritten Kapitel geht es um die Frage: Welcher **Beteiligungs-Typ** sind Sie? Anhand eines Schaubilds können Sie Schritt für Schritt prüfen, welche Art der Beteiligung zu Ihnen passt.

Im vierten Kapitel finden Sie heraus, welcher **Beteiligungsweg** bei Ihrem politischen Ziel geeignet ist.

Im fünften Kapitel möchten wir Sie bei Ihren **ersten Schritten in der Kommunalpolitik** begleiten. Welche Anlaufstellen gibt es, wie komme ich zur passenden Gruppe oder wie gründe ich selbst eine Interessenvertretung?

Anschließend geben wir Ihnen mit der **Partizipationstreppe** ein Instrument an die Hand, das bei Ihrer politischen Arbeit in der Kommune eine Orientierungs- und Diskussionshilfe sein kann.

Am Ende der Broschüre finden Sie einen **Infopool** mit wichtigen Anlaufstellen.





Was lässt sich in der Kommunalpolitik bewegen?

! Natürlich spielen bei der Kommunalpolitik viele Faktoren eine Rolle. Nicht alles kann zum Beispiel die Kommune selbst entscheiden. Es gibt Pflichtaufgaben, denen sie nachkommen muss. Und es gibt Aufgaben, die sie sich selbst stellen kann. Mehr zu diesen Hintergründen können Sie in unserer Broschüre „**Kommunalpolitik verstehen**. Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. **Hintergrundwissen** für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden möchten“ ab S. 21 nachlesen. Die Broschüre finden Sie auch unter:
www.politik-fuer-alle.nrw

Die Kommunalpolitik nimmt einen wesentlichen Einfluss darauf, wie gut Sie in Ihrem Wohnort leben können. In den Gemeinden, Städten und Kreisen spielt sich das Leben ab. Hier treffen die Menschen aufeinander, arbeiten, verbringen ihre Freizeit, gründen Familien, engagieren sich. Hier werden sie aber auch krank, werden behindert oder auch ausgeschlossen. Wer sich jedoch kommunalpolitisch beteiligt, kann sein eigenes Lebensumfeld direkt und aktiv mitgestalten.

Aber was bedeutet das ganz konkret? Was wird in der Kommunalpolitik entschieden? Um welche Themen geht es? Auf den folgenden Seiten finden Sie Beispiel-Themen und Ideen dazu, wie diese Beispiel-Themen in behindertenpolitischer Sicht als politische Vorhaben umgesetzt werden können.

Beispiel-Themen in der Kommunalpolitik



Wohnen

Die Kommunalpolitik trägt viel zur Gestaltung des lokalen Wohnungsmarkts bei. Wie werden Flächen genutzt? Wer darf wo bauen? Gibt es Vorgaben? Muss es etwa bei einem Neubauprojekt einen bestimmten Anteil an sogenanntem **sozialem Wohnungsbau** geben? Auch die Kommunen selbst können bauen oder Wohnungen vermieten und somit Einfluss auf die Wohnungsmarktsituation vor Ort nehmen.

- Damit sind Wohnungen gemeint, die einen gewissen Mietpreis nicht übersteigen dürfen und die Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen.



Beispiele: Was könnte man beim Thema Wohnen aus behindertenpolitischer Sicht vorantreiben?

- Man könnte ein umfangreicheres Verständnis von barrierefreien Wohnungen fordern. Barrierefreie Wohnungen richten sich aktuell vor allem an mögliche Barrieren im Alter. Zu finden sind also häufig barrierefreie Ein- bis Zweizimmer-Wohnungen für ein bis zwei Personen. Was aber macht eine vierköpfige Familie, in der ein Familienmitglied mit Körperbehinderung lebt und das diverse Hilfsmittel wie einen Rollstuhl, Vorrichtungen im Schlafzimmer und Bad und Weiteres benötigt? Wenn diese Familie kein überdurchschnittliches Einkommen hat, wird sie es in vielen Städten und Gemeinden wahrscheinlich sehr schwer haben, eine angemessen große, bezahlbare und barrierefreie Wohnung zu finden.
- Man könnte sich für inklusive Wohnprojekte starkmachen. In vielen Städten gibt es schon zahlreiche Mehr-Generationen-Wohnprojekte. Eine inklusivere Wohnplanung würde auch viele Menschen mit Behinderungen, die aktuell in Wohneinrichtungen oder Gruppen unter sich leben, stärker in die Gesellschaft inkludieren.
- Auch die Forderung von bezahlbarem Wohnraum hat aus behindertenpolitischer Perspektive eine Relevanz. Denn viele Menschen mit Behinderungen haben kein hohes Einkommen und sind auf bezahlbare Wohnungen angewiesen.

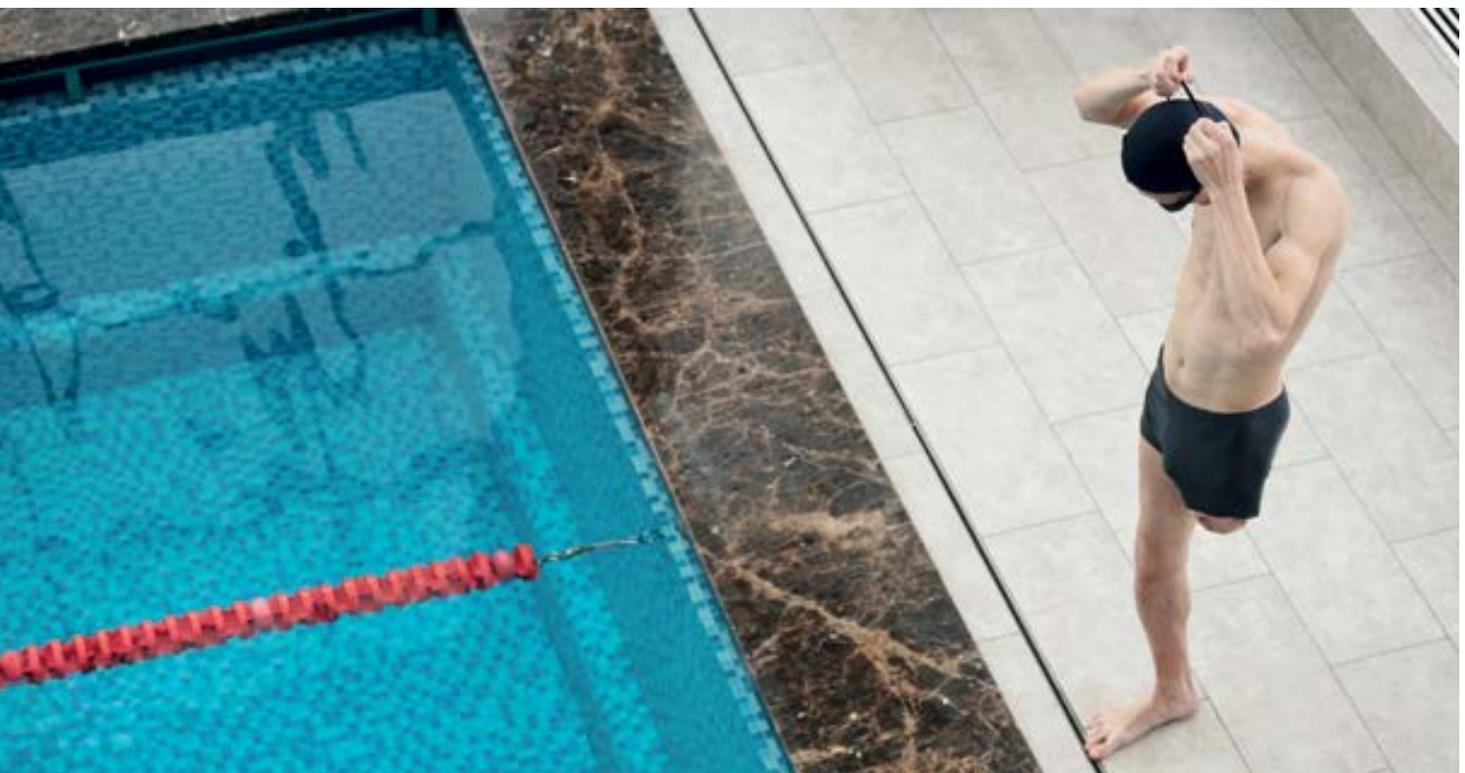
Fällt Ihnen noch mehr ein, wofür man sich beim Thema Wohnen starkmachen könnte? Dann schreiben Sie es doch hier auf! Vielleicht wird es für Sie noch einmal wichtig:



Freizeit

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit? Gehen Sie zum Beispiel schwimmen? Oder ins Theater? Oder treffen Sie sich öfter mit Freund*innen in der Innenstadt auf einen Kaffee? Sind sie gern in der Stadtbücherei? Oder schlendern Sie durch den Park? Auch bei unserer Freizeit spielt die Kommunalpolitik eine wichtige Rolle. Sie sorgt für Angebote (Theater, Schwimmbäder, Parks), sie

organisiert Veranstaltungen und ist verantwortlich für die Infrastruktur, also für Straßen, Busse, Bahnen und Gebäude. Für viele Menschen mit Behinderungen in NRW steht ein Großteil dieser Angebote jedoch nicht vollumfänglich zur Verfügung. Barrieren verhindern ihre Teilhabe oder sorgen dafür, dass sie mühsam um die Barrieren herumplanen müssen.





Beispiele: Was könnte man beim Thema Freizeit aus behindertenpolitischer Sicht vorantreiben?

- ✚ Man könnte sich für einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr einsetzen: Busse und Bahnen mit ausreichend Rollstuhlplätzen, gut verständlichen Durchsagen und einem Leitsystem mit visuellen Anzeigen, barrierefreie Haltestellen mit einem Leitsystem, funktionierende Aufzüge in Bahnhöfen und ein geschultes und sensibilisiertes Personal ...
- ✚ Man könnte sich für die Gestaltung einer barrierefreien Innenstadt einsetzen: Alternativwege zum Kopfsteinpflaster, genügend Platz für alle Verkehrsteilnehmenden, Blindenleitsysteme, ausreichend barrierefreie Toiletten, Alternativen zu Stufen und Treppen ...
- ✚ Auch für inklusive Kulturangebote kann man sich starkmachen: Gebärdensprach-Dolmetscher*innen bei Theateraufführungen und standardmäßig Induktionsschleifen, Live-Reportagen für blinde Menschen, ausreichend Rollstuhlplätze ...

Fällt Ihnen noch mehr ein, wofür man sich beim Thema Freizeit starkmachen könnte? Dann schreiben Sie es doch hier auf! Vielleicht wird es für Sie ja noch einmal wichtig:

.....

.....

.....

.....



Gesundheit und Sicherheit



Kommunen sind für die Umsetzung der Sozialgesetze zuständig. Dahinter stehen sehr umfangreiche Themengebiete. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Pflege- und Rentenversicherung, aber auch die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gehören hierzu. Zudem ist die Kommune für Unterstützungs- und Beratungsleistungen zuständig.

Auch die Feuerwehr und die Polizei gehören zur Kommune. Das ist wichtig zu wissen, denn in vielen Kommunen ist es für Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung noch nicht komplett barrierefrei möglich, den Notruf zu wählen. Auch in Bezug auf dieses Beispiel-Thema trägt die Kommune bzw. der Kreis die **Verantwortung**, eine barrierefreie und effektive Lösung zu finden.

- ! Viele Lösungen müssen die Kommunen nicht allein finden. So ist seit 2021 beispielsweise die Notruf-App „Nora“ insbesondere für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen landesweit (ausgenommen Berlin) nutzbar. Die Entwicklung der App wurde federführend betreut vom Land NRW. Wenn es darum geht, flächendeckend gute Lösungen zu entwickeln, sind Kooperationen zwischen Land und Kommunen und auch zwischen den Kommunen untereinander wesentlich. Das liegt daran, dass die praktische Umsetzung von Lösungsideen zu bestimmten Themen beispielsweise die Feuerwehr oder die Polizei betreffend in den Gemeinden und Städten stattfindet. Nur dort zeigt sich, ob die Lösung funktioniert. Und nur dort werden die Bedarfe sichtbar. Daher ist ein kommunalpolitisches Engagement gerade von Menschen mit Behinderungen so wichtig.



Beispiele: Was könnte man beim Themenfeld Gesundheit und Sicherheit aus behindertenpolitischer Sicht vorantreiben?



Man könnte sich starkmachen dafür, dass die Kommunen mehr Gelder in Rehabilitationsprogrammen investiert. Dass es also hier mehr Sozialarbeiter*innen und andere Fachkräfte gibt, die Menschen mit Behinderungen darin unterstützen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen.



Man könnte sich für inklusive Arbeitsprojekte starkmachen. So könnte zum Beispiel auch die Stadtverwaltung selbst Teil einer inklusiven Arbeitswelt werden und noch mehr Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen beschäftigen, als sie es bislang tut.



Man könnte die Einrichtung eines barrierefreien Notrufsystems einfordern und im selben Zuge Workshops für die Mitarbeiter*innen von Polizei und Feuerwehr anbieten, um diese mit dem barrierefreien Notrufsystem vertraut zu machen.



Fällt Ihnen noch mehr ein, wofür man sich beim Themenfeld Gesundheit und Sicherheit starkmachen könnte? Dann schreiben Sie es doch hier auf. Vielleicht wird es für Sie ja noch einmal wichtig:



.....

.....

.....

.....



Kinder und Jugendliche

Als Träger von Schulen, Kindertageseinrichtungen oder Pflegeheimen nimmt auch die Kommunalpolitik darauf Einfluss, in was für einem Umfeld die Kinder und Jugendlichen einer Gemeinde oder Stadt aufwachsen können. Ob behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche streng getrennt oder in einem inklusiven Miteinander leben, lernen und spielen; all dies und mehr wird auf kommunaler Ebene umgesetzt. Auch Freizeitangebote wie Kinder- und Jugendtreffs, Sportstätten oder Spielplätze und deren Gestaltung liegen häufig im Verantwortungsbereich der Kommunen.



Beispiele: Was könnte man beim Themenfeld Kinder und Jugendliche aus behindertenpolitischer Sicht vorantreiben?

- ✚ Man könnte sich für die Einrichtung von inklusiven Schulen und anderen Lernangeboten einsetzen.
- ✚ Man könnte sich für inklusive Kinder- und Jugendtreffs starkmachen und die Gestaltung von inklusiven Spielplätzen anregen.
- ✚ Man könnte sich dafür starkmachen, dass bereits Kinder im Kindergartenalter die deutsche Gebärdensprache lernen.

Fällt Ihnen noch mehr ein, wofür man sich beim Themenfeld Kinder und Jugendliche starkmachen könnte? Dann schreiben Sie es doch hier auf. Vielleicht wird es für Sie ja noch einmal wichtig:

.....

.....

.....

.....



Zusammenfassung

Dies ist nur eine kleine Auswahl der Themen, die in der Kommunalpolitik eine Rolle spielen. Sie sehen: Die Politik vor Ort bietet viele Chancen, direkt etwas zu verändern.

Nachdem Sie nun einen Eindruck von der Themenvielfalt gewinnen konnten, widmen wir uns jetzt dem **Wie** der politischen Beteiligung.



Werkzeugkoffer

Ich packe den Werkzeugkoffer für mein politisches Engagement und nehme mit ...

Grundsätzlich ist es so, dass sich alle Menschen in Deutschland politisch beteiligen dürfen. Auch in der Kommunalpolitik. Manche Formen der Beteiligung – wie etwa die Landtags- und Bundestagswahlen – sind nur Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, mindestens 18 Jahre alt sind und einen Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde, Stadt und dem betreffenden Kreis haben, vorbehalten.

Andere Formen der Beteiligung sind wiederum ohne formale Voraussetzungen möglich. Es gibt für viele Formen der politischen Teilhabe damit keine Zugangsbeschränkungen. Aber: Wer sich mit den politischen Gepflogenheiten nicht auskennt und nicht weiß, wie bestimmte Abläufe funktionieren, wird sich möglicherweise nicht effektiv beteiligen können. Hier hilft ein gut gepackter Werkzeugkoffer der politischen Teilhabe. Aber was genau gehört in diesen Koffer? Wir haben für Sie wichtige Werkzeuge gesammelt.





Eine Bedienungsanleitung (Hintergrundwissen)

Die Kommunalpolitik ist strukturiert und funktioniert nach verbindlichen Regeln. Wer ist wann verantwortlich? Wie werden Entscheidungen getroffen? Wie können sich Bürger*innen einbringen? Wer die **Hintergründe** kennt, kann sich leichter innerhalb der Kommunalpolitik bewegen und sich so effektiver einbringen.

Grundlegendes Wissen rund um die Aufgaben, Rechte und Regeln in der Kommunalpolitik vermittelt unsere Broschüre: „**Kommunalpolitik verstehen**. Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. **Hintergrundwissen** für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden möchten“



Zeit

Engagement in der Politik braucht meist Zeit. Die wenigsten Vorhaben gelingen von heute auf morgen. Aber: In der Kommunalpolitik gibt es verschiedene Wege, sich einzubringen. Diese sind jedoch unterschiedlich zeitaufwendig. Sie können also schauen: Wie viel Zeit habe ich und welcher Weg kommt deshalb für mich infrage?



Geduld

Übrigens: Geduld bedeutet nicht, dass man sich auf endlose Warteschleifen vertrösten lassen muss. Es braucht ein Verständnis für den Prozess, aber nicht dafür, dass wichtige Themen immer wieder aufgeschoben und nicht angegangen werden.

Richtlinien und Gesetze haben viele Vorteile. Aber die Einhaltung dieser Richtlinien und Gesetze hat natürlich Einfluss auf die Dauer des angestoßenen Veränderungsprozesses, da ggf. unterschiedliche Genehmigungsstufen durchlaufen oder Fristen und Vorgaben eingehalten werden müssen.

Hier ist also Geduld gefragt. Auch was das eigene politische Profil angeht: Erfahrungswerte in Bezug auf kommunalpolitische Prozesse und Zusammenhänge und ein politisches Gespür müssen sich erst entwickeln.



Mut

Gerade für die, die noch nicht viele Berührungspunkte mit der Politik hatten, ist der Schritt zu einem politischen Engagement auch ein Schritt ins Unbekannte. Und das braucht Mut! Denn in der Politik geht es oft darum, Stellung zu beziehen, die eigene Meinung und Erfahrung einzubringen und Veränderungen anzustoßen. Manchmal ist es auch hilfreich oder nötig, die eigenen Bedarfe mitzuteilen oder nach möglichen Unterstützungsmöglichkeiten zu fragen, damit man gut mitmachen kann. Aber keine Sorge: Man muss nicht direkt flammende Reden halten oder sich allein ins Getümmel stürzen. Die verschiedenen Wege der politischen Beteiligung ermöglichen es allen Menschen, sich auf ihre Weise, ob vor großem Publikum oder hinter den Kulissen in der Organisation einzubringen.

Und: Politische Beteiligung macht stark! Viele, die heute sehr aktiv und sichtbar in der Politik sind, hätten das früher selbst nicht gedacht. Aber die gesammelten Erfahrungen, das wachsende Wissen und das Erreichen politischer Ziele geben Selbstvertrauen und führen zu spannenden persönlichen Entwicklungen.



Ein Plan

Es hilft, für sich festzuhalten:

-  Was möchte ich erreichen?
-  Wie viel Zeit kann ich investieren?
-  Welche Stellen können mich bei meinem Vorhaben unterstützen?
-  Welches politische Mittel ist das passende für mich?

Was packen Sie noch in Ihren Koffer?

Wie gehe ich bei meinem politischen Vorhaben am besten vor und welche Form der Beteiligung passt zu mir?
Darum soll es nun im Weiteren gehen.

Welcher Beteiligungs-Typ
sind Sie?





Anhand des Schaubilds auf den nächsten Seiten können Sie prüfen, welcher Beteiligungs-Typ Sie sind. Genauere Informationen für die hier genannten Beteiligungs-Formen erhalten Sie im Kapitel „Welcher politische Weg passt zu meinem Ziel?“ ab S. 30.



Möchte ich allein aktiv werden


allein

Ich möchte mich regelmäßig beteiligen:

- sachkundige*r Bürger*in oder Einwohner*in

Ich möchte mittel- mäßig bis viel Zeit investieren:

- Blog erstellen
- Demonstration
oder Informations-
stand organisieren
- Flyer erstellen und
verteilen
- kreative Straßen-
aktion planen und
durchführen

Ich möchte nicht so viel Zeit investieren:

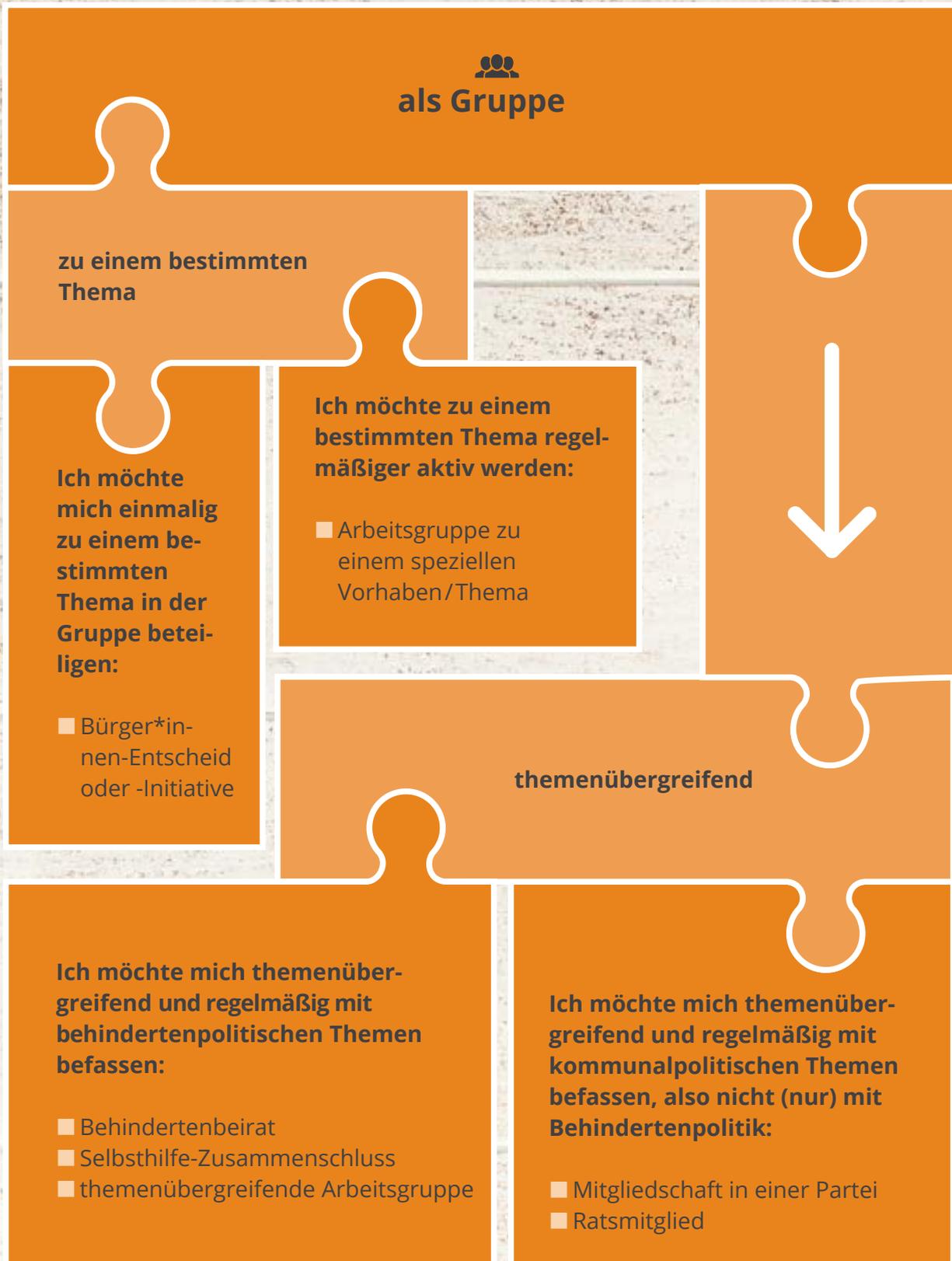
- Bürger*innen-Antrag
- Bürgermeister*innen-
Sprechstunde
- Leser*innen-Brief an
eine Lokalzeitung
- Teilnahme an De-
monstrationen oder
Informationsständen

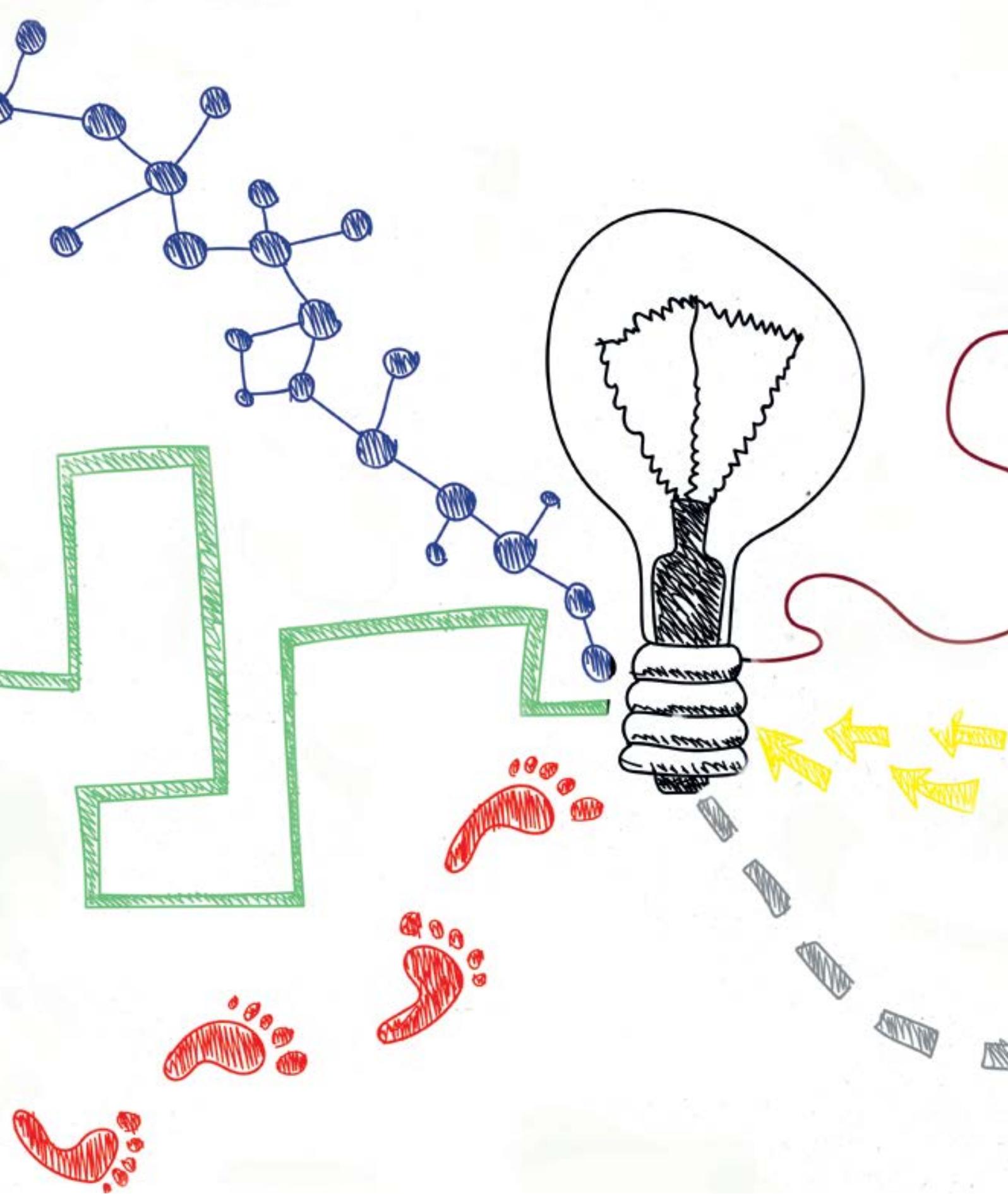
Ich möchte nur einmalig oder zu bestimmten Themen aktiv werden:

- Bürger*innen-Antrag
- Bürgermeister*innen-
Sprechstunde
- Leser*innen-Brief an
eine Lokalzeitung
- Blog erstellen
- Flyer erstellen und verteilen
- Informationsstand orga-
nisieren



oder mich in einer Gruppe beteiligen?







Welcher politische Weg passt zu meinem Ziel?

Die Kommunalpolitik bietet viele Möglichkeiten der Beteiligung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen, und das ist gut so. Denn jede*r ist anders, hat andere Möglichkeiten, Fähigkeiten und Interessen. In diesem Kapitel geben wir einen ersten Überblick über die gängigen Beteiligungs-Formen. Wir unterteilen sie in Beteiligungs-Formen zu einem bestimmten Anlass oder Anliegen, regelmäßige Beteiligungen, die sich nicht allein einem speziellen Anliegen widmen, und kreative Beteiligungs-Formen, die außerhalb der festen Strukturen stattfinden können.

.....

Auf S. 53 finden Sie eine Merkliste mit allen Teilhabe-Möglichkeiten, die wir Ihnen auf den folgenden Seiten vorstellen. Alle Möglichkeiten, die Sie interessieren und über die Sie sich genauer informieren wollen, können Sie in dieser Merkliste ankreuzen. Auf S. 53 finden Sie zudem zu jeder Beteiligungs-Form einen Seitenverweis zu unserer Broschüre „**Kommunalpolitik verstehen**. Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. **Hintergrundwissen** für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden möchten“. Hier finden Sie zusätzliche Informationen zu den Beteiligungs-Formen.

.....

Regelmäßiges politisches Engagement

1 **Mitarbeit in Behindertenbeiräten, Gremien der Selbsthilfe oder Arbeitsgruppen**

Kurzinfo

Mitarbeit im Behindertenbeirat

Der Behindertenbeirat ist ein kommunales Gremium mit verbindlichen Rechten und Pflichten, in dem alle Themen, die den Mitgliedern hinsichtlich der Belange von Menschen mit Behinderungen wichtig erscheinen, beraten und bearbeitet werden. Im Behindertenbeirat sollten möglichst Menschen mit unterschiedlichen

Beeinträchtigungen vertreten sein, damit die Expertise des Beirats möglichst umfassend ist und er verschiedene Bedarfe im Blick hat. Durch die Arbeit des Beirats lassen sich die Interessen bündeln und mit einem größeren Gewicht in die Politik einbringen.

Mitarbeit in Gremien der Selbsthilfe oder Arbeitsgruppen

Selbsthilfe-Gruppen, Verbände und Vereine können eine gute Anlaufstelle sein, wenn man sich politisch beteiligen möchte. Oft bieten sie ein umfangreiches Netzwerk und die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs. Dazu bestehen häufig bereits Kontakte zur Politik. In manchen Gemeinden und Städten gibt es zudem einen Zusammenschluss aller vor Ort vertretenen Selbsthilfe-Gruppen, -Verbände und -Vereine. Sie werden dann

bestenfalls als Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen in die politischen Prozesse mit einbezogen. Manchmal wird ein solcher Zusammenschluss auch Arbeitsgruppe oder Arbeitsgemeinschaft genannt. Der Unterschied zu einem Beirat von Menschen mit Behinderungen liegt vor allem in der Verbindlichkeit. Beiräte sind in der Regel verbindlicher in die Kommunalpolitik und die politischen Prozesse eingebunden.



Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie möchten sich regelmäßig mit der Politik vor Ort beschäftigen und sich einbringen.
- Sie möchten sich speziell mit dem Themenbereich „Behindertenpolitik vor Ort“ beschäftigen und sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen.
- Sie möchten mit anderen Menschen regelmäßig zusammenarbeiten.

Erste Schritte zu einer Beteiligung im Behindertenbeirat, in Selbsthilfe-Gruppen oder in Arbeitsgruppen:

- 🔗 Bringen Sie in Erfahrung, welche Gruppen, die im Bereich der Behindertenpolitik aktiv sind, es in Ihrem Wohnort bereits gibt. Anlaufstellen, die Sie dabei unterstützen können, haben wir ab S. 68 zusammengetragen.
- 🔗 Sie haben eine passende Gruppe gefunden? Dann nehmen Sie Kontakt auf und lernen Sie die Gruppe und deren Arbeitsweise zunächst unverbindlich kennen. So können Sie feststellen, ob diese Form der politischen Arbeit etwas für Sie ist.
- 🔗 Es gibt unterschiedliche Bedingungen für eine verbindliche Teilnahme bei diesen Gruppen. Die Mitglieder der Behindertenbeiräte werden in der Regel gewählt oder benannt. Möchten Sie Teil des Beirats sein, müssen Sie in Erfahrung bringen, wie sich der Beirat in Ihrem Wohnort zusammensetzt und wie Sie Teil des Beirats werden können.

2 **Mitarbeit in einer Partei bzw. Arbeit als Ratsmitglied/Bezirksvertreter*in**



Kurzinfo

Mitarbeit in einer politischen Partei

Als Parteimitglied können Sie die Arbeit „Ihrer“ Partei aktiv mitgestalten und zum Beispiel dafür sorgen, dass bestimmte Themen, wie etwa „wirksame politische Teilhabe in der Kommunalpolitik“ innerhalb der Partei angegangen werden. Gemeinsam können Vorschläge und Lösungen erarbeitet und zum Beispiel in den Rat oder Kreistag eingebracht werden. Neben der Tätigkeit innerhalb der Partei besteht die Möglichkeit, sich für ein Mandat zur Wahl zu stellen und so möglicherweise bei den Kommunalwahlen einen Platz im Gemeinde- bzw. Stadtrat oder Kreistag zu erhalten.

Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie möchten sich regelmäßig mit der Politik vor Ort beschäftigen und sich einbringen.
- Sie möchten sich nicht ausschließlich für behindertenpolitische Themen einbringen.
- Sie sympathisieren mit einer Partei oder Wählergruppe oder sind sogar schon Mitglied.

Arbeit als Ratsmitglied oder Bezirksvertreter*in

Alle Rats- oder Kreistagsmitglieder arbeiten ehrenamtlich und tragen eine große Verantwortung für ihre Gemeinde, ihre Stadt bzw. ihren Kreis. Ihre Entscheidungen bestimmen, wie sich die Kommune in den nächsten fünf Jahren entwickelt. Fünf Jahre, da die Kommunalwahlen in NRW alle fünf Jahre stattfinden. Die Wahlen legen fest, wer für die kommenden fünf Jahre einen Sitz im Rat bekommt.

Größere Städte teilen sich in Bezirke auf, die wiederum ihre eigenen Bezirksvertretungen bilden. Sie verwalten ihre Bezirke. Die Bezirksvertretung ist für alle Belange des Stadtbezirks zuständig, dabei müssen jedoch immer die vom Rat erlassenen Richtlinien beachtet werden.



Erste Schritte zu einer Beteiligung in einer Partei, als Ratsmitglied oder Bezirksvertreter*in:

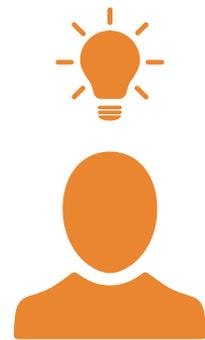
- ✚ Bringen Sie in Erfahrung, welche Parteien in Ihrem Wohnort aktiv sind. Schauen Sie sich das Parteiprogramm an oder gehen Sie zu einem der offenen Treffen, die die Ortsverbände häufig anbieten. Alternativ kann man den Kontakt direkt per Telefon oder E-Mail aufnehmen und um ein Gespräch mit den Aktiven in den Ortsverbänden bitten.
- ✚ Wer sich mit einem Parteiprogramm anfreunden kann und Interesse daran hat, direkt in einer Partei aktiv zu werden, kann sich einem Ortsverband anschließen. Dafür muss er*sie Parteimitglied werden. Am besten können hier die Ortsverbände unterstützen und beraten.
- ✚ Um ein Mandat im Rat oder Kreistag zu erhalten, muss man meist längere Zeit am kommunalpolitischen Betrieb beteiligt sein. Denn hier spielen die Bekanntheit der Kandidaten, ihr politisches Profil, welches sie über Jahre aufbauen und weiterentwickeln, und ihr Netzwerk zentrale Rollen für eine erfolgreiche Kandidatur. Der Weg in den Rat oder den Kreistag führt daher meist über die Mitgliedschaft in einer der bekannten Parteien. Es gibt aber auch Rats- und Kreistagsmitglieder, die parteilos sind, und solche, die sich einer Initiative anschließen.
Erste Kontakte in den kommunalpolitischen Betrieb können Sie bei öffentlichen Sitzungen des Rats/Kreistags, bei Treffen mit Rats-/Kreistagsmitgliedern und dem*der Bürgermeister*in oder aktiven politischen Gruppen knüpfen.

3 Engagement als sachkundige*r Bürger*in

! Die Fachausschüsse bereiten die Entscheidungen des Rats bzw. Kreistags vor.

Kurzinfo

Sachkundige Bürger*innen beraten den Rat und die Ausschüsse in bestimmten Fachfragen. Wenn zum Beispiel im Rathaus ein Blindenleitsystem eingerichtet werden soll, kann eine blinde Person als sachkundige*r Bürger*in die **Fachausschüsse** inhaltlich beraten und Empfehlungen darüber abgeben, welche Maßnahmen sinnvoll sind.



Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie verfügen über Fachwissen in einem speziellen Bereich aufgrund Ihrer Ausbildung / Ihres Berufes oder aufgrund Ihrer persönlichen Erfahrung. Etwa besitzen gehörlose Menschen Fachwissen darüber, wie ein sinnvolles Notrufsystem für gehörlose Menschen aussehen sollte.
- Sie beraten gern in Ihrem Fachbereich und haben keine Scheu davor, Ihre Ansichten vor größeren Gruppen zu vertreten.
- Sie wollen die Politik vor Ort mitgestalten, möchten/können sich aber nicht regelmäßig beteiligen.



Erste Schritte zu einer Beteiligung als sachkundige*r Bürger*in:

Sachkundige Bürger*innen werden vom Rat in die betreffenden Fachausschüsse gewählt. In vielen Fällen werden sie von den jeweiligen **Fraktionen** vorgeschlagen. Ein möglicher Weg wäre also, Kontakt mit den Fraktionen im Rat aufzunehmen und sich als Expert*in in einem bestimmten Bereich vorzustellen.

- Fraktionen sind Gruppen von gewählten Ratsmitgliedern innerhalb des Gemeinde- oder Stadtrats bzw. Kreistags. Ihre Mitglieder haben sich zusammengetan, um einen größeren politischen Einfluss zu haben. Fraktionen können die gewählten Ratsmitglieder aus einer Partei sein. Es können sich aber auch gewählte Ratsmitglieder aus unterschiedlichen Parteien zusammenschließen.



4 Wählen gehen

Eine etwas andere Form der regelmäßigen Beteiligung bieten die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Sie finden regelmäßig statt, allerdings mit recht großem Abstand zueinander. Mit der eigenen Stimme kann man die Richtung, in die sich zum Beispiel der eigene Wohnort politisch bewegen soll, mitbestimmen. Das eigene Wissen, die eigenen Erfahrungen und Fähigkeiten können so natürlich nicht direkt und regelmäßig in die Politik eingebracht werden. Trotzdem ist die Beteiligung an Wahlen sehr bedeutsam, da nur so sichergestellt werden kann, dass die politische Meinung der Bevölkerung sich im Parlament widerspiegelt.

Daher ist es wichtig, die Bedeutung der Kommunalwahlen zu betonen und die Wähler auch auf kommunaler Ebene vermehrt zur Wahl zu motivieren.



Erste Schritte zu einer Beteiligung per Wahl:

- ☞ Alle Parteien und Personen, die sich zur Wahl aufstellen, haben ein Wahlprogramm. Mittlerweile bieten viele Parteien ihr Programm auch – zumindest teilweise – barrierefrei an. Über die Programme lässt sich feststellen, was die jeweilige Partei für die Zukunft geplant hat und welche Schwerpunktthemen sie setzt.
- ☞ Im Hinblick auf zum Beispiel die Behindertenpolitik bieten viele Verbände und Vereine zu den Wahlen oft Orientierungshilfen an. So formulieren sie Forderungen, befragen Kandidat*innen zu deren Positionen zu bestimmten Themen und informieren über die Parteiprogramme aus behindertenpolitischer Sicht.
- ☞ Man kann bei der Wahl Hilfe in Anspruch nehmen, etwa wenn man Unterstützung beim Verständnis der Wahlunterlagen benötigt oder den Stimmzettel nicht eigenhändig ausfüllen, falten und in die Wahlurne werfen kann. Für Menschen mit Sehbehinderungen stehen Schablonen für das Ausfüllen des Wahlscheins zur Verfügung.
- ☞ Bei Unsicherheiten darüber, ob im eigenen Wahlbüro die benötigte Unterstützung und ausreichend Barrierefreiheit geboten werden, kann das Rathaus weiterhelfen. Wichtig: Alle Menschen, die wahlberechtigt sind, müssen an der Wahl teilnehmen können. Ist ein Wahllokal zum Beispiel nicht barrierefrei, muss die Kommune eine Lösung finden, um allen Menschen, die dort leben, die Stimmabgabe zu ermöglichen.

Politische Mittel bei einem speziellen Anliegen

1 Initiierung eines Bürger*innen-Begehrens

Kurzinfo

Mit einem Bürger*innen-Begehren können Bürger*innen direkt ein Thema in den Gemeinde- bzw. Stadtrat einbringen, das bislang nicht vom Rat oder Kreistag beachtet wurde oder bei dem sie mit einem Beschluss nicht einverstanden sind. Mit diesem Begehren beantragen sie, dass die Angelegenheit in einem **Bürger*innen-Entscheid** von allen Bürger*innen des Wohnorts direkt entschieden werden soll.



Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie haben ein spezielles Anliegen und möchten, dass alle Bürger*innen Ihres Wohnorts sich damit auseinandersetzen.
- Sie haben bereits Mitstreiter*innen für sich gewonnen oder wissen, dass viele Menschen in Ihrem Wohnort Ihr Anliegen unterstützen.
- Sie haben Zeit, um Unterschriften zu sammeln, über Ihr Anliegen zu informieren und für eine Beteiligung zu werben.
- Sie haben keine Scheu vor Formalitäten.
- Sie kennen Organisationen, Unternehmen oder Dienstleister, die Ihr Anliegen z. B. auch finanziell unterstützen würden.



Erste Schritte zur Initiierung eines Bürger*innen-Begehrens:

- ✚ Beim Bürger*innen-Begehren müssen viele Formalia beachtet werden. Der erste Weg führt sinnvollerweise zur Verwaltung. Sie kann eine Einschätzung darüber abgeben, ob das eigene Anliegen überhaupt für ein Bürger*innen-Begehren infrage kommt. Die Verwaltung kann und muss Bürger*innen hinsichtlich der Vorgehensweise beraten.
- ✚ Ist das eigene Anliegen für ein Bürger*innen-Begehren geeignet, heißt es, Mitstreiter*innen zu gewinnen und für das eigene Anliegen zu werben. Konkret bedeutet das nun, eine bestimmte Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Denn bevor die Bürger*innen eines Wohnorts bei einem Bürger*innen-Entscheid über ein bestimmtes Thema abstimmen können, müssen sich ausreichend Bürger*innen dafür ausgesprochen haben, überhaupt darüber abstimmen zu wollen. Die Mindestanzahl an Unterschriften hängt vom jeweiligen Wohnort ab. Hierzu berät die Verwaltung.
- ✚ Wurde die Mindestanzahl an Unterschriften gesammelt, kommt es zur eigentlichen Abstimmung des Bürger*innen-Begehrens durch einen Bürger*innen-Entscheid.
- ✚ Das sind die groben Schritte – gerade was das Gewinnen von Mitstreiter*innen betrifft, muss hier in der Regel viel Zeit und oft auch Geld investiert werden. Der Aufwand ist groß. Gelingt es, ist ein Bürger*innen-Begehren allerdings sehr effektiv.

2 Einen Einwohner*innen-Antrag stellen

Kurzinfo

Neben dem aufwendigen Bürger*innen-Entscheid hat jede Person, die in einer Gemeinde wohnt, die Möglichkeit, einen **Einwohner*innen-Antrag** zu stellen. Mit diesem Antrag können Einwohner*innen den Rat dazu bringen, sich mit einem bestimmten Anliegen zu beschäftigen, sich in dieser Angelegenheit zu beraten und am Ende eine Entscheidung zu treffen. Der Rat muss in einer festgeschriebenen Frist eine Entscheidung zur Sache treffen. Wie er entscheidet, steht ihm frei. Im Vergleich zum Bürger*innen-Begehren gibt es hier also nur das **Mitwirkungsrecht** (in Form der Antragsstellung), aber kein **Mitentscheidungsrecht**.

Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie haben ein spezielles Anliegen.
- Sie möchten dieses Anliegen bei den verantwortlichen Politiker*innen sichtbar machen.
- Sie möchten, dass der Rat über Ihr Anliegen **berät und entscheidet**.
- Sie möchten den Rat Ihrer Gemeinde/Stadt auf ein bestimmtes Thema aufmerksam machen.
- Sie möchten sich politisch einbringen, aber können/möchten dies nicht regelmäßig tun.





Erste Schritte zu einem Einwohner*innen-Antrag:

- ✚ Fragen Sie im Rathaus nach, an welche Stelle Sie Ihren Einwohner*innen-Antrag senden können.
- ✚ Verfassen Sie ein Schreiben und nennen Sie darin folgende Informationen:
 - * Ihre Adresse
 - * Ihre Kontaktmöglichkeiten (Telefon oder E-Mail)
 - * das Datum
 - * Formulieren Sie Ihr Anliegen: Beschreiben Sie, was sich ändern soll oder was Sie zum Beispiel in Ihrem Wohnort behindert.
 - * Wenn Sie Ideen haben, wie man etwas ändern kann, notieren Sie dies ebenfalls.
 - * Schicken Sie Ihr Schreiben an die Adresse, die Ihnen im Rathaus genannt wurde, und lassen Sie sich den Empfang Ihres Schreibens bestätigen.

Das passiert anschließend:

Der Rat muss sich mit Ihrem Anliegen befassen und entscheiden, wie er damit umgeht und ob zum Beispiel Maßnahmen eingeleitet werden oder ob keine weiteren Handlungsschritte folgen. Sie erhalten eine Rückmeldung dazu, wie der Rat entschieden hat.



#3 Anregungen oder Beschwerden an den Rat richten

Kurzinfo Einwohner*innen einer Kommune können sich mit einer Beschwerde oder Anregung direkt an den Rat wenden. Der Rat ist in diesem Fall zu einer Stellungnahme verpflichtet. Er kann die Beschwerde oder Anregung von einem entsprechenden Ausschuss bearbeiten lassen. Im Gegensatz zum Einwohner*innen-Antrag muss der Rat sich bei einer Beschwerde oder Anregung nicht beraten und eine Entscheidung treffen. Eine Stellungnahme reicht aus. Trotzdem kann dieser Weg sinnvoll sein, da er wenig Formelles voraussetzt und eine einfache Möglichkeit bietet, die Politiker*innen auf bestimmte Themen und Belange aufmerksam zu machen.

Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie haben ein spezielles Anliegen.
- Sie möchten dieses Anliegen bei den verantwortlichen Politiker*innen sichtbar machen.
- Sie möchten den Rat Ihrer Gemeinde/Stadt auf ein bestimmtes Thema aufmerksam machen.
- Sie möchten sich politisch einbringen, aber können/möchten dies nicht regelmäßig tun.



Erste Schritte zur Abgabe einer Beschwerde oder Anregung:

- 🧩 Fragen Sie im Rathaus nach, an welche Stelle Sie Ihre Beschwerde oder Anregung senden können.
- 🧩 Verfassen Sie ein Schreiben und nennen Sie darin folgende Informationen:
 - * Ihre Adresse
 - * Ihre Kontaktmöglichkeiten (Telefon oder E-Mail)
 - * das Datum
 - * Formulieren Sie Ihr Anliegen: Beschreiben Sie, was sich ändern soll oder was Sie zum Beispiel in Ihrem Wohnort behindert.
 - * Wenn Sie Ideen haben, wie man etwas ändern kann, notieren Sie dies ebenfalls.
 - * Schicken Sie Ihr Schreiben an die Adresse, die Ihnen im Rathaus genannt wurde, und lassen Sie sich den Empfang Ihres Schreibens bestätigen.

Das passiert anschließend:

Der Rat muss sich mit Ihrem Anliegen befassen und entscheiden, wie er damit umgeht und ob zum Beispiel Maßnahmen eingeleitet werden oder ob keine weiteren Handlungsschritte folgen. Sie erhalten eine Rückmeldung dazu, wie der Rat entschieden hat.



4 Anregungen oder Beschwerden an den*die Bürgermeister*in/Landrat*Landrätin

Kurzinfo

In der Regel bieten Bürgermeister*innen offene Sprechstunden an, die alle Bürger*innen besuchen und so mit dem Gemeinde-/Stadtoberhaupt die eigenen Anliegen besprechen können. Alternativ kann man auch jederzeit einen Brief oder eine E-Mail an den*die Bürgermeister*in schreiben.

Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie haben ein spezielles Anliegen.
- Sie möchten dieses Anliegen bei den verantwortlichen Politiker*innen sichtbar machen.
- Sie haben keine Scheu, Ihr Anliegen direkt im Gespräch zu äußern.



Erste Schritte zur Vorbereitung auf einen Besuch der Bürgermeister*innen-Sprechstunde:

- 🔗 Finden Sie heraus, ob und wann in Ihrem Wohnort die nächste Bürgermeister*innen-Sprechstunde stattfindet. Dies können Sie in der Regel auf der Website Ihres Rathauses und bei der Lokalzeitung einsehen oder telefonisch im Rathaus erfahren.
- 🔗 In vielen Fällen muss man sich für die Sprechstunde anmelden.
- 🔗 Es kann sinnvoll sein, sich vor dem Besprechungstermin Notizen zu machen, damit man vor Ort keine wichtigen Punkte vergisst.

Kreative und flexible politische Beteiligung

Demonstrationen und Informationsstände

Kurzinfo

Neben der Beteiligung in mehr oder weniger festen Strukturen gibt es natürlich immer die Möglichkeit, außerhalb dieser Strukturen politisch aktiv zu werden. Eine gute Möglichkeit, dem eigenen Anliegen mehr Sichtbarkeit und Gehör zu verschaffen, bieten Demonstrationen oder Informationsstände an viel besuchten Orten. Die eigene Rolle hierbei kann sehr unterschiedlich sein. So kann man sich entweder geplanten Demonstrationen anschließen oder selbst Demonstrationen

planen. Man kann zu einem Thema oder mehreren verschiedenen Themen regelmäßig Demonstrationen veranstalten oder es bei einer einmaligen Aktion belassen. Das Gleiche gilt für Informationsstände. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt, ob mit einer Band, einer Tanzeinlage, bunten Plakaten, Theaterstücken oder Flashmobs – die Möglichkeiten, auf der Straße für das eigene Anliegen zu werben, sind zahlreich.

Wann passt diese Form der Beteiligung zu Ihnen?

- Sie möchten sich gern kreativ politisch beteiligen.
- Sie möchten sich außerhalb der Verwaltungsstrukturen beteiligen.
- Sie möchten Mitbürger*innen auf ein bestimmtes Anliegen aufmerksam machen.
- Sie haben keine Scheu vor größeren Menschenmengen und direktem Kontakt sowohl zu Mitstreiter*innen als auch zu Menschen, die eine andere Ansicht verfolgen.





Erste Schritte zur Planung einer Demonstration oder eines Informationsstands:

- ✚ Finden Sie Mitstreiter*innen – das erzeugt mehr Aufmerksamkeit auf der Straße und erleichtert die Arbeit.
- ✚ Suchen Sie sich ein passendes Datum aus. An Wochenenden ist beispielsweise deutlich mehr Besucherverkehr in den Innenstädten als wochentags am Vormittag.
- ✚ Fassen Sie das Thema Ihrer Demonstration/Ihres Informationsstands knapp zusammen.
- ✚ Nehmen Sie Kontakt zur Stadtverwaltung auf. Dort werden Sie an die richtige Stelle (in der Regel das Ordnungsamt und/oder die Polizei) vermittelt, um weitere Anweisungen für Ihre Demonstration/Ihren Informationsstand zu erhalten.
- ✚ Denken Sie insbesondere bei Demonstrationen an ausreichend Zeit für die Öffentlichkeitsarbeit, damit möglichst viele sich beteiligen. Auch die sozialen Medien wie Facebook, Instagram und Twitter können bei der Verbreitung und der Suche nach Mitstreiter*innen helfen.

Kreative Politik auf der Straße

Hier ist eine kleine Auswahl an möglichen Ideen, wie man bei Straßenaktionen dem eigenen Anliegen mehr Sichtbarkeit verleihen kann.



Flyer oder andere Printprodukte verteilen

Das eigene Anliegen kann man den Menschen auch mit nach Hause geben, indem man einen Handzettel oder Ähnliches entwirft und diese unter die Leute bringt. Auch hier kann man der eigenen Kreativität wunderbar ihren freien Lauf lassen. So könnte man zum Beispiel auch Papieranhänger gestalten, auf denen steht: „Ich bin eine Barriere!“ Diese könnten dann in der Innenstadt an ungünstig parkende Autos, Fahrräder, Roller und andere Fahrzeuge gehängt werden.



Flashmob

Ein Flashmob ist eine überraschende öffentliche Aktion einer größeren Menschenmenge. Die Teilnehmer*innen machen in der Öffentlichkeit scheinbar spontan ungewöhnliche Dinge, wie etwa zu tanzen, zu singen, Pantomime zu spielen oder komplett einzufrieren und sich gar nicht mehr zu bewegen. Eine sehr bekannte Art von Flashmob ist die Aktion „One Billion Rising“, die jedes Jahr am 14. Februar stattfindet und bei der Frauen in vielen verschiedenen Ländern mit einer gemeinsamen öffentlichen Tanzchoreografie auf Gewalt an Frauen hinweisen.



Ein Sofa in der Einkaufspassage

Manchmal bewegt sich schon viel, wenn man ins Gespräch kommt. So könnte man es sich in der Innenstadt mit einem Sofa gemütlich machen und mit Passant*innen zu einem bestimmten Thema **ins Gespräch kommen**.



Politische Statements bunt auf Asphalt

Mit wasserlöslicher Sprühkreide lassen sich politische Statements ganz wortwörtlich auf die Straße bringen.

- Bei allen Aktionen sollte vorher Rücksprache mit dem Ordnungsamt gehalten werden.



Straßentheater

Ob mit Kostümen oder mit einem laut vorgetragenen Dialog – ein Theaterstück, das auf ein bestimmtes Anliegen hinweist, erzeugt in einer vollen Einkaufspassage sicherlich viel Aufmerksamkeit.



Kreativer Gedankenaustausch

Ein eigener Blog

Sie können auch einen eigenen Blog gestalten und hier Ihr politisches Anliegen formulieren. Eine größere Verbreitung können Sie zum Beispiel erreichen, indem Sie sich in Diskussionen in den sozialen Medien einbringen und hier auch auf Ihren Blog aufmerksam machen.

Leser*innen-Brief an die Lokalzeitung

Besonders Lokalpolitiker*innen verfolgen häufig interessiert, was in den Lokalzeitungen steht. Mit einem Leser*innen-Brief können Sie somit auch politische Entscheidungsträger*innen erreichen.

Ihre Form der Beteiligung

Konnten Sie ausmachen, welche Beteiligungs-Formen am besten zu Ihnen passen? Hier finden Sie noch einmal alle Möglichkeiten auf einen Blick. Sie können die Formen, die Sie am meisten interessieren, ankreuzen oder markieren. In der Merkliste auf der rechten Seite ist zudem für die meisten Beteiligungsmöglichkeit ein Seitenverweis zu unserer Broschüre

„Kommunalpolitik verstehen. Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Hintergrundwissen für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden möchten“

aufgeführt. Hier finden Sie zusätzliche Informationen zu den aufgeführten Beteiligungs-Formen. Die Broschüre finden Sie unter:

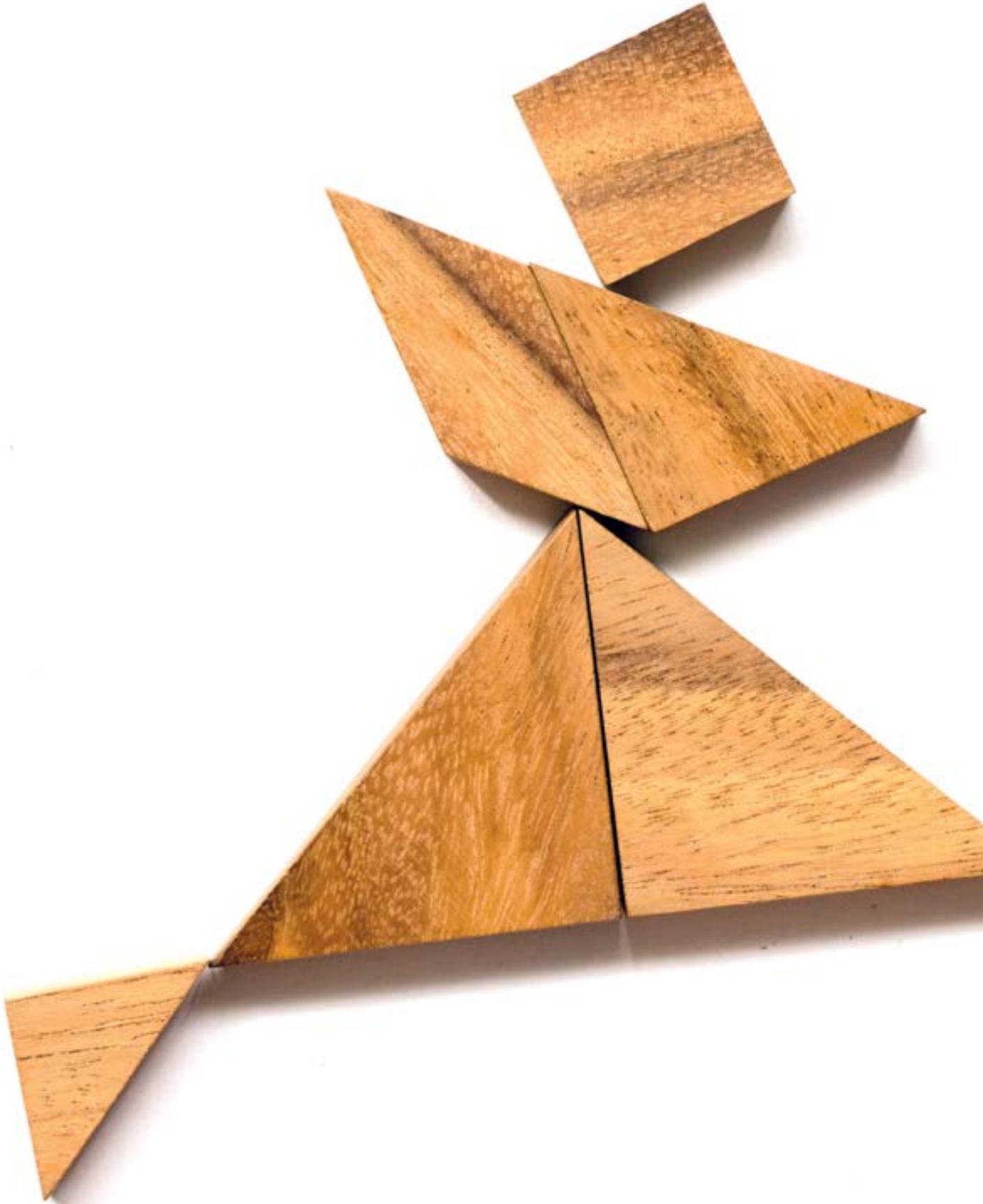
www.politik-fuer-alle.de





MERKLISTE

-  Behindertenbeiräte S. 32
-  Gremien der Selbsthilfe S. 32
-  Ratsmitglied/Bezirksvertreter*in S. 34-35
-  Mitgliedschaft in einer Partei S. 35
-  sachkundige*r Bürger*in S. 36
-  Bürger*innen-Begehren/-Entscheid S. 40
-  Einwohner*innen-Antrag S. 42
-  Anregungen oder Beschwerden an den Rat S. 44
-  Anregungen oder Beschwerden an den*die
Bürgermeister*in/Landrat*Landrätin S. 46
-  Kreativ politisch aktiv:
 -  Demonstrationen und Informationsstände
 -  Flashmob
 -  Straßentheater
 -  Straßenkunst, z. B. mit Sprühkreide
 -  „ein Sofa in der Einkaufspassage“
 -  Flyer und andere Printprodukte
 -  Leser*innen-Brief
 -  eigener Blog





Die ersten Schritte in der Kommunalpolitik

Wie finde ich die passenden Mitstreiter*innen?

Für viele Menschen ist besonders die politische Beteiligung in der Gruppe attraktiv. Eine Gruppe kann zum Beispiel ein Behindertenbeirat sein oder auch eine Arbeitsgruppe. In einer Gruppe verteilt sich die Arbeit, man kann sich gegenseitig bestärken und austauschen. Doch wie finde ich eine passende Gruppe in meiner Umgebung. Und was mache ich, wenn es noch keine passende Gruppe gibt, der ich mich anschließen kann?

Wie finde ich die passenden Mitstreiter*innen?



1. Schritt: Recherche Selbsthilfe

Wie sieht es in meinem
Wohnort aus?
Welche Vereine und Gruppen
gibt es?



Die Selbsthilfe kann eine gute
Anlaufstelle sein, zum Beispiel:

LAG SELBSTHILFE e.V.
www.lag-selbsthilfe-nrw.de
0251 / 434 00
info@lag-selbsthilfe-nrw.de

KOSKON (Koordination für die
Selbsthilfe-Unterstützung in
NRW)
www.koskon.de
02166 / 24 85 67
selbsthilfe@koskon.de

Weitere Anlaufstellen nennen
wir ab S. 68.



2. Schritt: Recherche Politik

Welche Parteien
und Bürger*innen-Initiativen
gibt es in meinem Wohnort
und wie machen sie Politik?
Passt das zu meinen Vor-
stellungen?



Die meisten Ortsverbände
und Initiativen bieten offene
Treffen an.

Mehr Informationen über
die Parteien und die je-
weiligen Fraktionen im Rat
bietet das Rathaus.



3. Schritt: Kontakt zur Verwaltung

Welche Angebote bietet die Kommune im Bereich Behindertenpolitik und generell zum Thema „politische Teilhabe“?

Gibt es eine*n Behindertenbeauftragte*n, einen Behindertenbeirat oder ähnliche Gremien?

Wie kann ich mich beteiligen?



Erste Anlaufstellen für einen Kontakt zur Verwaltung könnten zum Beispiel sein:

Quartiersmanager*innen, Gemeindeglieder*innen, Ortsvorsteher*innen, Mitarbeiter*innen von Stadtteilbüros, Behindertenbeauftragte.

Sie können aber zum Beispiel auch die Sprechstunde des*der Bürgermeister*in nutzen. Wenn Sie keine passende Anlaufstelle in der Verwaltung finden, können Sie sich im Rathaus bei der zentralen Stelle melden und nachfragen, wer für den Bereich politische Teilhabe und Behindertenpolitik zuständig ist. Das kann z. B. auch jemand vom Sozial- oder Gesundheitsamt sein, da behindertenpolitische Themen in vielen Kommunen immer noch im Bereich „Soziales und Gesundheit“ angesiedelt sind.

Selbst eine Arbeitsgruppe gründen



1. Schritt: Knüpfen Sie Kontakte

... zu (anderen) Menschen mit Behinderungen und möglichen Interessierten etwa aus der Politik.



Auch hier könnte der Weg zunächst über die örtliche Selbsthilfe führen. Tipps und Hilfestellung können wir – also die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE – geben.

Alternativ können Sie sich auch an das jeweils zuständige Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben NRW oder die örtliche Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung wenden.

www.lag-selbsthilfe-nrw.de
0251 / 434 00

www.ksl-nrw.de
0209 / 95 66 00-28

www.teilhabeberatung.de
030 / 284 09 - 140



2. Schritt: Gründen Sie eine Gruppe!

Dann geht es zum nächsten Schritt: Gründen Sie eine Gruppe! Investieren Sie Zeit für die Organisation und Planung. Es lohnt sich!



Wichtige erste Fragen:

Wie oft treffen wir uns und wo?

- Wie bleiben wir in Kontakt und wie tauschen wir Informationen aus? (Beispielsweise via Telefon, Post, E-Mail, Messenger, Forum, Facebook-Gruppe, ...)
- Wer kümmert sich um den Austausch der Adressen, das Einrichten eines Verteilers oder einer Gruppe?
- Wie wollen wir unsere Gruppe formal und rechtlich organisieren? (z.B. als Verein eintragen lassen, als informelle Interessengemeinschaft, ...)
- Wer übernimmt welche Aufgaben? (z.B. zu Treffen einladen, Räume organisieren, ...)



3. Schritt: Schaffen Sie eine gemeinsame Grundlage!

Es gibt viele verschiedene Vorstellungen von Inklusion und Partizipation. Für ein besseres Verständnis und eine gute Zusammenarbeit hilft ein offener Austausch:

-  Welche Vorstellungen und Wünsche hat der*die Einzelne?
-  Welche Ziele gibt es?
-  Was läuft bereits gut im Wohnort und was muss unbedingt verbessert werden?



Anhand dieser Liste lassen sich leichter eine gemeinsame Vision und ein konkreter Plan entwickeln. Eine gute Orientierung für den Austausch bietet die Partizipationstreppe ab S. 60.



4. Schritt: Setzen Sie Prioritäten!



Vermutlich werden viele verschiedene Dinge aufgezählt, die in Ihrer Gemeinde verändert werden sollten.

Es empfiehlt sich, eine Prioritätenliste zu erstellen und so die Punkte so nach und nach anzugehen.



5. Schritt: Holen Sie die Verwaltung und die Politik frühzeitig mit an Bord!

Die Grundlagen sind gelegt, ihre Gruppe weiß, wo sie hinwill. Politik und Verwaltung könnten nun unterstützen: Etwa mit Räumlichkeiten und finanziellen Mitteln für Assistenz und Barrierefreiheit. Dazu sollte bereits jetzt gemeinsam überlegt werden, wie eine Zusammenarbeit funktionieren kann und wie verbindliche Regelungen getroffen werden können.



Erste Anlaufstellen für einen Kontakt zur Verwaltung könnten zum Beispiel Quartiersmanager*innen, Gemeindeförder*innen, Mitarbeiter*innen von Stadtteilbüros und Behindertenbeauftragte sein. Es kann aber zum Beispiel auch die Sprechstunde des*der Bürgermeister*in sein.

Die Partizipationstreppe: Diskussionsgrundlage und Orientierungshilfe

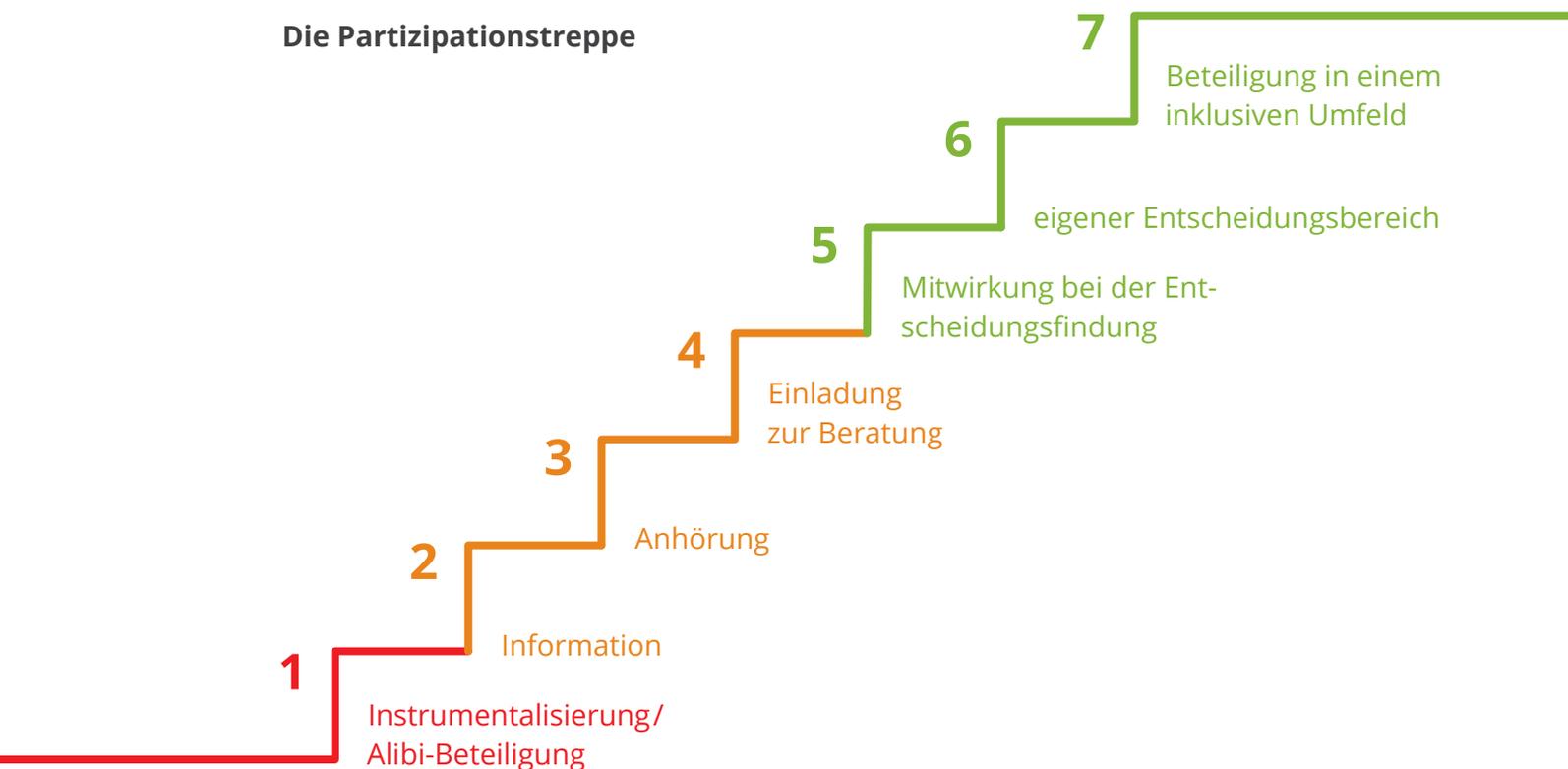




Ob bei neuen oder auch bereits bestehenden Gruppen oder bei einem Austausch mit Verwaltung und Politik – die Partizipationstreppe kann ein hilfreiches Instrument sein, um gemeinsam zum Thema „politische Teilhabe“ ins Gespräch zu kommen und Ziele konkret zu formulieren. Denn anhand der Partizipationstreppe können Sie für sich oder gemeinsam in der Gruppe einordnen, auf welcher Stufe der wirksamen politischen Teilhabe sich Ihre Kommune aktuell befindet.

Hierbei werden in der Regel nicht alle Einschätzungen deckungsgleich sein. Und das ist auch gut so, denn das eröffnet die Möglichkeit, sich über die unterschiedlichen Perspektiven auszutauschen und so einen vielseitigen Eindruck zum eigenen Wohnort entwickeln zu können.

Die Partizipationstreppe



Die Partizipationstreppe besteht aus sieben unterschiedlichen Stufen der politischen Partizipation.

Von der untersten Stufe „Instrumentalisierung/Alibi-Beteiligung“, auf der keine politische Mitbestimmung und Beteiligung von Menschen mit Behinderungen/chronischen Erkrankungen stattfindet, bis hinauf zur obersten Stufe „Beteiligung in einem inklusiven Umfeld“ ist es ein langer Weg und die Beteiligungs-Möglichkeiten sind vielfältig. Die einzelnen Stufen dieser Treppe werden auf den nächsten Seiten genauer erklärt.



Stufe 1: Instrumentalisierung/ Alibi-Beteiligung

Im Bild ist unten kann man eine Person im Rollstuhl sehen. Eine Hand scheint sie noch schnell ins Bild zu schieben. Vielleicht hat der Mensch, zu dem diese Hand gehört gedacht: „Oh, wir eröffnen ja ein Behinderten-WC – da sollte vielleicht auch jemand im Rollstuhl auf dem Bild sein.“

Komisch nur, dass die Person gar nicht fröhlich guckt. Das neue WC ist doch für ‚Leute wie sie‘ extra gebaut worden! War ganz schön teuer – und jetzt freut sie sich noch nicht einmal. Undankbar ist das!“ Alibi-Partizipation nennen wir das, wenn Menschen mit Behinderungen vor Einrichtungen, Anschaffungen, ... fotografiert werden, aber mit dem gesamten Entstehungsprozess gar nichts zu tun hatten. Auf so einem Foto werden Menschen mit Behinderungen auf ihre Behinderung reduziert.



Stufe 2: Information

Und was passiert auf diesem Bild?

Die Person im Rollstuhl wird offensichtlich über die Eröffnung eines Behinderten-WCs informiert. Sie kann sich überlegen, ob sie zur Eröffnung hingehen möchte oder nicht. Nach einem Blick in ihren Kalender stellt sie allerdings fest, dass sie an dem Tag keine Zeit hat. Menschen mit Behinderungen in einer Gemeinde darüber zu informieren, dass es ab sofort ein Behinderten-WC gibt, ist ganz nett, aber hier wird lediglich das Ergebnis eines Prozesses mitgeteilt, an dem die Einwohner*innen mit Behinderungen einer Gemeinde keinen Anteil hatten.



Stufe 3: Anhörung



Auf diesem Bild wird unsere Hauptfigur zu einer Anhörung eingeladen. Die Pläne für ein neues Behinderten-WC werden vorgestellt und wenn sie Lust hat, kann sie zu dieser Anhörung kommen und vor dem Gemeinderat etwas dazu sagen. Das macht sie auch, aber sie fragt sich dennoch, ob das etwas bringt.

Gemeinden, die Menschen mit Behinderungen zu einer Anhörung einladen, hören sich an, was der*die Bürger*in zu einem bestimmten Thema zu sagen hat, und entscheiden dann später für sich, ob sie die Meinung des*der Bürger*in berücksichtigen möchten.



Stufe 4: Einladung zur Beratung

Jetzt wird es langsam spannend: Unsere Hauptfigur arbeitet schon länger als sachkundige Einwohnerin im Gemeinderat mit. Als solche gibt sie manchmal Stellungnahmen zu bestimmten Themen ab. Hier spricht sie gerade vor den Ratsmitgliedern über den bevorstehenden Bau eines Behinderten-WCs und erläutert, warum sie es sinnvoll findet, alle WCs im Rathaus behindertengerecht zu gestalten. Die Ratsmitglieder können sich überlegen, ob sie die in der Stellungnahme geäußerten Einwände für sinnvoll erachtet oder nicht. Keiner der auf dem Bild gezeigten Ratsmitglieder hat eine Behinderung und wird nicht aus eigener Expertise einschätzen können, wie schwerwiegend die Aspekte der vorgebrachten Stellungnahme wiegen.



Stufe 5: Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung

Als sachkundige Bürgerin ist unsere Hauptfigur hier im Rat und nimmt ihr Rede- und Antragsrecht wahr. Außerdem ist sie von Anfang an über die Planungen zum Behinderten-WC informiert und kann frühzeitig versuchen, andere Mitglieder des Rats von ihrer Meinung zu überzeugen.

Menschen mit Behinderungen sind als sachkundige Bürger*innen von Beginn an mit in den politischen Prozess einbezogen. Sie können den Prozess mitgestalten, indem sie z. B. frühzeitig ihre Meinung zu einer Sache äußern können und damit eine Chance bekommen, Mehrheiten für ihre Sicht der Dinge zu gewinnen.



Stufe 6: Eigener Entscheidungsbereich

Schon lange haben sich die drei Menschen im Bild in ihrem Beirat dafür eingesetzt, dass es endlich ein Behinderten-WC in ihrer Stadt gibt. Sie haben einen passenden Standort gefunden, der auch durch ein taktiles

derat hat der Idee des Beirats zugestimmt und das WC nach den Vorgaben des Beirats bauen lassen. Am 1. März soll nun endlich die Eröffnung stattfinden und der Behindertenbeirat lädt dazu ein!



Leitsystem für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gut auffindbar ist. Der Gemeinderat hat der Idee des Beirats zugestimmt und das WC nach den Vorgaben des Beirats bauen lassen. Am 1. März soll nun endlich die Eröffnung stattfinden und der Behindertenbeirat lädt dazu ein!

Die Mitarbeit in einem Behindertenbeirat, der idealerweise in der Hauptsatzung der Gemeinde verankert ist, bedeutet echte politische Mitbestimmung. Der Behindertenbeirat kann eigene Themen auf die politische Tagesordnung setzen. Das ist eine Voraussetzung dafür, um politische Entscheidungen vor Ort maßgeblich mitzugestalten.



Stufe 7:

Beteiligung in einem inklusiven Umfeld

Auf diesem Bild haben die Ratsmitglieder gerade den Bau eines neuen WCs im Rathaus beschlossen. Sie verzichten bewusst auf ein extra Behinderten-WC, sondern stattdessen im Zuge der Sanierung des Rathauses alle WCs behindertengerecht aus. Darüber freuen sich die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und der Politik, denn die neuen großen WC-Räume gefallen allen viel besser!

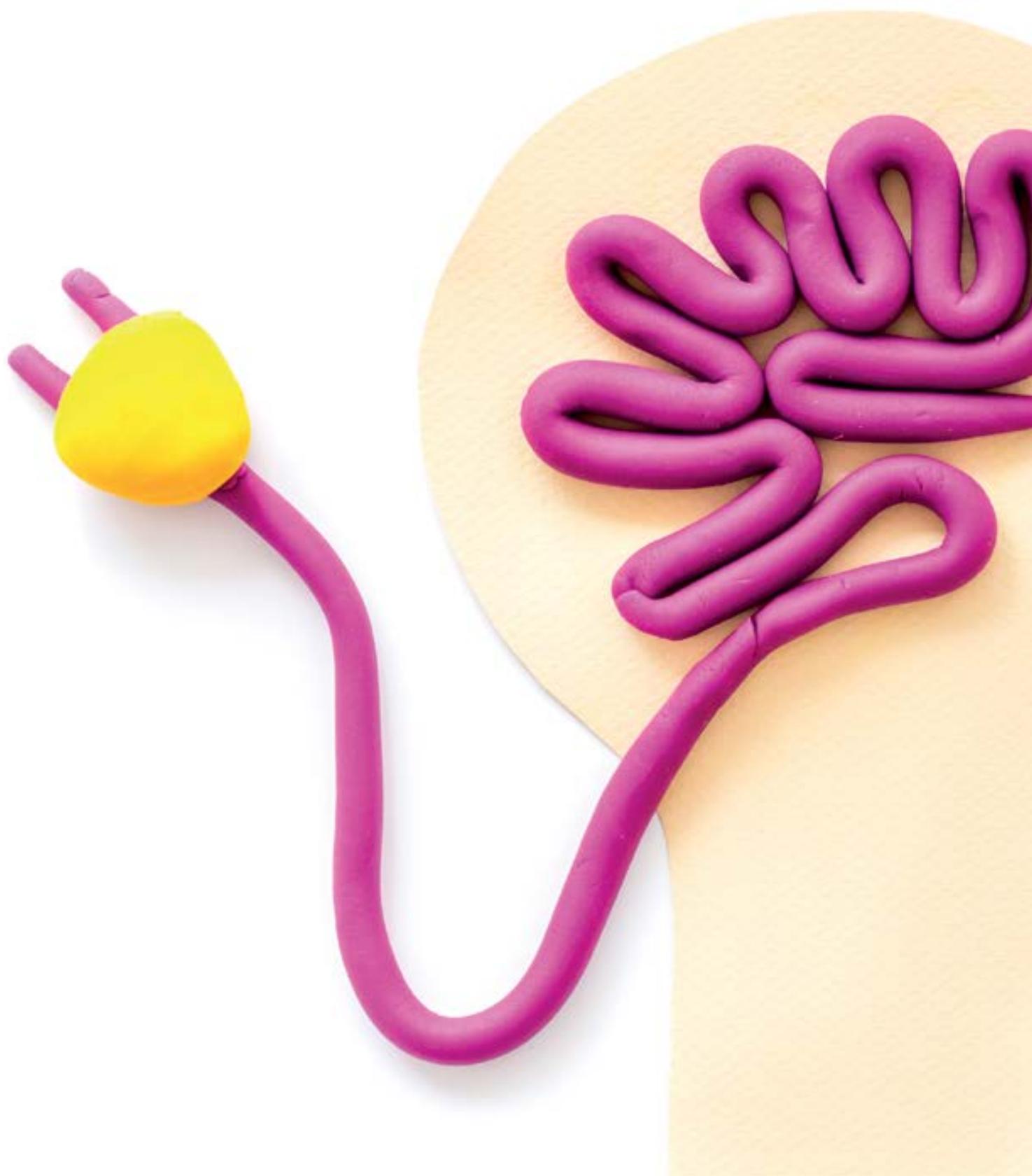
Ein inklusives Umfeld für politische Beteiligung ist dann erreicht, wenn Sonderstrukturen der Mitbestimmung (wie ein Behindertenbeirat) nicht mehr notwendig sind. Alle Menschen in der Kommune können gleichberechtigt politisch mitmachen und ihre Anliegen vertreten.

Menschen mit Behinderungen sind selbstverständlich genauso Politiker*innen wie andere Menschen. Diese Stufe haben wir in NRW noch nicht erreicht.



Sie wollen detailliert prüfen, wo Ihre Kommune aktuell im Bereich der politischen Teilhabe steht, und sich gleichzeitig über die rechtlichen Hintergründe und Vorgaben informieren?

Unsere Broschüre „**Prüfen, planen, anpacken – Checkliste** für eine wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen“ bietet eine strukturierte Fragensammlung, die sich an den rechtlichen Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, des Inklusionsgrundsatzgesetzes NRW und des Behindertengleichstellungsgesetzes NRW orientiert.



A large, light-colored paper cutout of a human head profile in silhouette, facing right. A purple flower is attached to the top of the head. The cutout is positioned on the left side of the page.

Infopool

Im folgenden Infopool finden Sie mögliche Anlaufstellen, die Ihnen zum Beispiel bei Fragen zur wirksamen politischen Teilhabe weiterhelfen können.

Anlaufstellen

Politische Partizipation

- 🔗 Projekt: In Zukunft inklusiv!
www.in-zukunft-inklusive.de
- 🔗 Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) e.V.: www.isl-ev.de
- 🔗 Netzwerk Artikel 3, Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter e.V.:
www.netzwerk-artikel-3.de

Barrierefreiheit

- 🔗 Agentur Barrierefrei NRW: www.ab-nrw.de
- 🔗 Bundesfachstelle Barrierefreiheit:
www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de

Teilhabe: Beratung und Information

- 🔗 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen:
www.behindertenbeauftragter.de
- 🔗 Die Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen: www.lbb.nrw.de
- 🔗 Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB): www.teilhabeberatung.de
- 🔗 Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW: www.ksl-nrw.de
- 🔗 Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V.:
www.lag-selbsthilfe-nrw.de
- 🔗 Sozialhelden e.V.:
www.sozialhelden.de
- 🔗 Wegweiser zum Thema „Leben mit Behinderung“:
www.einfach-teilhabe.de

Menschen mit Lernschwierigkeiten

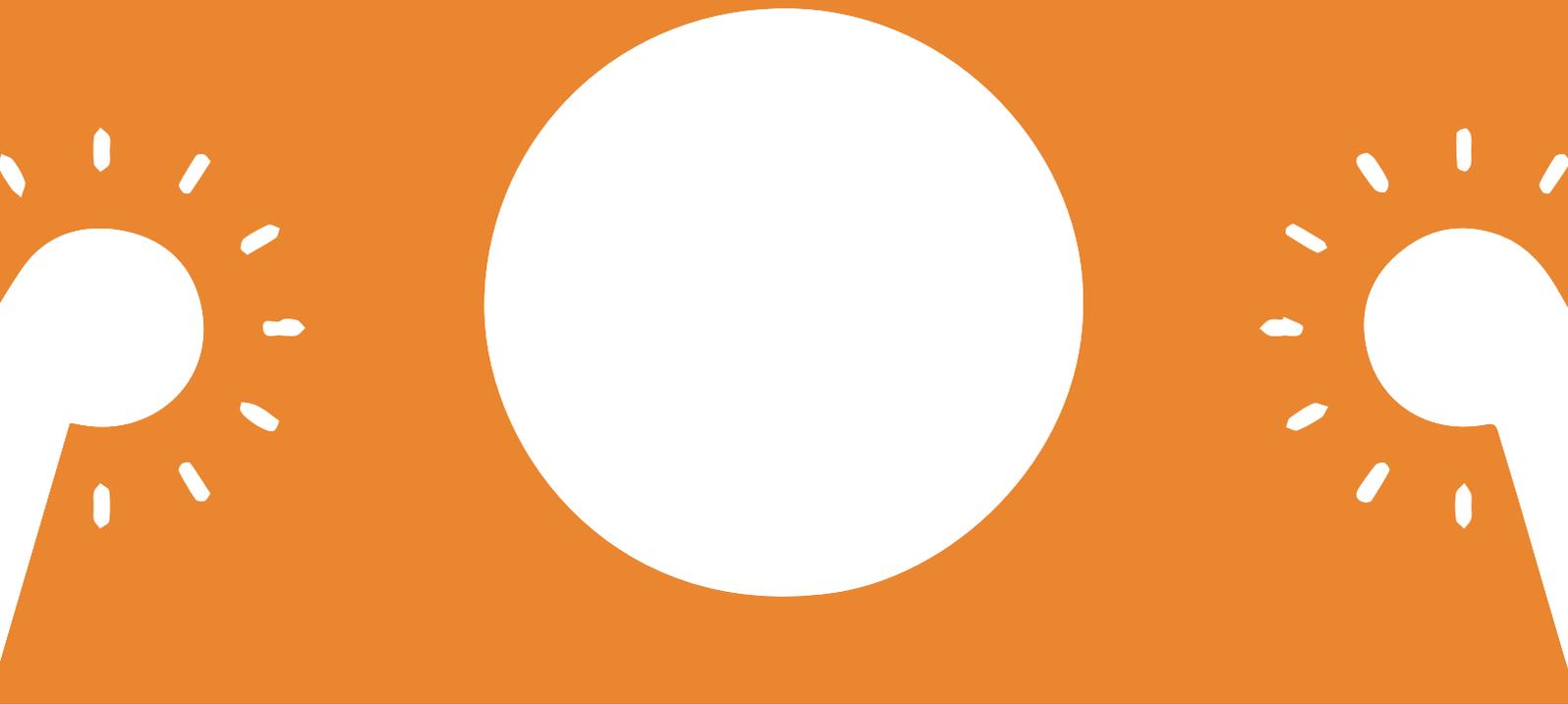
-  Mensch zuerst, Netzwerk People First Deutschland e.V.: www.menschzuerst.de
-  Netzwerk Leichte Sprache:
www.leichte-sprache.org

Frauen und Mädchen mit Behinderungen

-  Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung NRW:
www.netzwerk-nrw.de
-  Fachstelle für Gewaltprävention und Gewaltschutz für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung/chronischer Erkrankung – Mädchen sicher inklusiv
www.mädchensicherinklusiv-nrw.de

Bildnachweise

S. 08 Egor Novikov/stock.adobe.com | S. 10-11 Pasuwan/shutterstock.com
S. 12 Vlada Karpovich/pexels.com | S. 14 ShotPot/pexels.com | S. 16 Eren Li/pexels.com
S. 17 WavebreakmediaMicro/stock.adobe.com | S. 20 Marcus aurelius/pexels.com
S. 26-27 Vitalii Vodolazskiy/shutterstock.com | S. 30-31 Zarya Maxim/stock.adobe.com
S. 49 Khakimullin Aleksandr/shutterstock.com | S. 51 Marie Maerz/stock.adobe.com
S. 53 Makstorm/shutterstock.com | S. 54-55 Bankrx/shutterstock.com
S. 56-57 optimarc/shutterstock.com | S. 60-61 Rakic/shutterstock.com
S. 68-69 9dream studio/shutterstock.com



 Politische Partizipation Passgenau! 

Das Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ wird gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Landesinitiative „NRW inklusiv“.

